

April 2011

Programmatische Ausrichtung des Verbandes

20. Jahrgang
Heft 1/2011

Inhalt

Grundsatzprogramm	S. 1
Vorstandswahlen	S. 2
Briefwechsel	S. 4
Mitgliederversammlung	S. 7
Praxisbegehungen	S. 8
Impressum	S. 8

Wer im Internet auf den Seiten des VNZ unterwegs ist, trifft unter dem Menüpunkt „Der Verband“ neben der aktuellen Satzung des Verbandes auch auf unser aus zehn Punkten bestehendes Grundsatzprogramm. Dieses Grundsatzprogramm stammt aus dem Jahre 2006 und trägt die Unterschrift des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden und geistigen Vaters dieses Programmes, Dr. Klaus Markula. Nun ist ein Grundsatzprogramm – wie schon der Name sagt – kein Programm, das ständig neu erarbeitet werden müsste, vielmehr sollte es allgemeingültigen Charakter tragen und eher abstrakt formuliert werden. Nach fünf Jahren und mehreren Gesundheitsreformen oder deren Versuchen, ist es nun aber an der Zeit, sich erneut Gedanken über die grundsätzliche standespolitische Ausrichtung unseres Verbandes zu machen und das Programm weiter zu entwickeln. Eine Reihe von Aussagen und Forderungen des alten Programms haben nichts an Aktualität verloren, andere sind aber überholt oder haben sich, wie die Forderung nach Wegfall der Altersbegrenzung für Zahnärzte, bereits erfüllt.

Aus meiner Sicht gilt es, in dem neu zu erarbeitenden Grundsatzprogramm zwei Seiten unseres Verbandes darzustellen. Zum Einen sind wir ein rein Brandenburger zahnärztlicher Verband, der die speziellen Interessen der Brandenburger Zahnärzte vertritt. Zum anderen gilt es aber auch, Antworten auf

die drängenden Fragen der bundesdeutschen Standespolitik zu finden. Sich nur auf brandenburgische Probleme zu konzentrieren, wäre zu kurz gesprungen, da natürlich auch unser tägliches „zahnärztliches Brot“ von bundespolitischen Entscheidungen maßgeblich beeinflusst wird. Nicht zuletzt sind es Vertreter unseres Verbandes, die Brandenburg auf bundespolitischer Ebene in KZBV und BZÄK vertreten und über die wir in diesen Gremien Einfluss nehmen können und sollten.

In unser Grundsatzprogramm gehören weniger Antworten auf tagespolitische Fragen, vielmehr muss hier die grundsätzliche Ausrichtung unseres Verbandes dargestellt werden. Es gilt zum Teil divergierende interne Interessen zu vereinen und sich von externen standespolitischen Strömungen, sofern sie unseren Interessen widersprechen, abzugrenzen. Deshalb stehen Fragen, wie das Verhältnis unseres Verbandes zum Fortbestehen der GKV, zu Kostenerstattung und Fortentwicklung der Festzuschüsse ebenso im Fokus, wie die Frage, wie wir in Brandenburg mit den neuen zahnärztlichen Strukturen in Auswirkung des Vertragsarztrechtsänderungsgesetzes umgehen.

Ich rufe alle Mitglieder dazu auf, sich an der Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm zu beteiligen. Das Ergebnis der Diskussion wird Ihnen als Entwurf des neuen Grundsatzprogramms noch vor der Verbandstagung im Juni in Rheinsberg vorgelegt werden. Hier sollte es dann, wenn möglich, zu einer Abstimmung über dieses Programm kommen.

Teilen Sie uns also bitte Ihre Anregungen und Meinungen mit, die Kontaktadressen des Vorstandes sowie das alte Grundsatzprogramm als Diskussionsgrundlage finden Sie auf den Internetseiten des Verbandes unter <http://www.vnzlb.de>.

Sven Albrecht
Vorsitzender





Auf der Mitgliederversammlung des VNZLB am 16. März 2011 in den Räumlichkeiten der KZVLB in Potsdam stand entsprechend der Tagesordnung Punkt fünf die Wahl des neuen Vorstandes an. Diese konnte nun endlich mit der Anwesenheit von 59 Stimmberechtigten durchgeführt werden, nachdem die Beschlussfähigkeit von einem Drittel der Mitglieder auf der Verbandstagung im Juni 2010 in Großräschen nicht gegeben war.

Im Vorfeld der Wahl galt der Dank der Versammlung den aus dem alten Vorstand ausscheidenden Kollegen Dr. Gerhard Bundschuh, Dr. Erwin Deichsel und Dr. Claus Eichelberger.

Der amtierende Vorsitzende, Dr. Eberhard Steglich, schlug für das Amt des Vorsitzenden des Verbandes der Niedergelassenen Zahnärzte den Kollegen ZA Sven Albrecht vor, der von den anwesenden Verbandsmitgliedern mit 59 Stimmen (bei zwei Stimmenthaltungen) ohne Gegenkandidaten gewählt wurde. Weitere Vorschläge für die sechs noch zu vergebenen Posten im neuen Vorstand waren die bereits dem alten Vorstand angehörenden Kollegen Dr. M.-Wolfgang Geuther, Jürgen Herbert und Dr. Eberhard Steglich. Als



In geheimer Wahl - Hier Dr. Helga Schemel bei der Abgabe des Stimmzettels - wurde die neue Verbandsspitze ermittelt

neue Mitglieder wurden vorgeschlagen: Dr. Toralf Best, ZA Thomas Schwierzy und Dr. Matthias Stumpf. Einen weiteren Vorschlag äußerte Dr. Klaus Markula, indem er ZA Thomas Schmidt aufforderte und bat, sich der Wahl zu stellen. Nach Ablehnung des Antrages von Dr. Dirk Weißlau auf geheime Wahl (abgelehnt mit 15 Stimmen) und der Nachfrage von Frau Dr. Roesnick, warum kein weibliches Verbandsmitglied zur Wahl stehe, wurden im Block mit sechs Stimmen pro Wahlberechtigtem gewählt:

Dr. Eberhard Steglich	53 Stimmen
ZA Jürgen Herbert	53 Stimmen
ZA Thomas Schwierzy	51 Stimmen
Dr. Matthias Stumpf	49 Stimmen
Dr. Michael-Wolfgang Geuther	48 Stimmen
Dr. Toralf Best	47 Stimmen
ZA Thomas Schmidt	30 Stimmen

Die Wahl wurde von allen angenommen!

Der neue Vorstand des VNZLB

Vorsitzender	ZA Sven Albrecht
1. Stellvertreter	ZA Thomas Schwierzy
2. Stellvertreter	Dr. Matthias Stumpf
Beisitzer	Dr. Eberhard Steglich
Beisitzer	ZA Jürgen Herber
Beisitzer	Dr. Toralf Best
Schatzmeister	Dr. M.-Wolfgang Geuther

Dr. Thoralf Best



Blumen zum Start: Der neue Verbandsvorsitzende Sven Albrecht erhält die Glückwünsche von Dr. Eberhard Steglich

Sven Albrecht - Vita

Geboren am 26.03.1962 in Neustrelitz, verheiratet, zwei Kinder, wohnhaft in Templin

- 1983-1988 Studium der Zahnmedizin in Rostock
- 1988-1990 Assistenz Zahnarzt in Templin
- Seit 1991 Niedergelassener Zahnarzt in Gemeinschaftspraxis mit Ehefrau
- Seit 1993 Mitglied im VNZ
- 1994-2010 Mitarbeit im Finanzausschuss der KZVLB
- Seit 1996 Mitglied der Vertreterversammlung der KZVLB
- Seit 1998 Mitglied in der Kammerversammlung der LZÄK
- Seit 2001 Vorstandsmitglied im Vorstand des VNZ
- 1996-2005 Vorstandsmitglied der KZVLB
- Seit 2006 Mitglied im Beratungsausschuss der KZVLB
- Seit 2011 Vorsitzender der Vertreterversammlung der KZVLB
- Seit 2011 Mitglied der Vertreterversammlung der KZBV

Weiterhin Mitarbeit in verschiedenen Ausschüssen und Arbeitsgruppen von KZV und Kammer, ZE-Gutachter, ehrenamtlicher Richter am Landessozialgericht



Blumen zum Abschied: Dr. Bundschuh nimmt den Dank von Dr. Eberhard Steglich entgegen



Scheiden ebenfalls aus dem Vorstand aus: Dr. Claus Eichelberger und Dr. Erwin Deichsel



Diskutierten über die Ausrichtung des Verbandes: Dr. Matthias Stumpf (li.), Axel Hädicke

Die Interessengemeinschaft Zahnärztlicher Verbände sieht in der konstituierenden Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung eine Übung in Sachen Demokratie.

Die konstituierende Sitzung der Vertreterversammlung der KZBV am 18. und 19. März in Berlin hat deutlich gemacht, dass die Vorstände der KZVen und der KZBV bei aller Hauptämlichkeit eben doch nicht die Vorstände von Wirtschaftsunternehmen sind, sondern demokratisch gewählte Vertreter aller Zahnärzte. In einem spektakulären Akt der Insubordination hat sich die Vertreterversammlung der KZBV das Recht zur demokratischen, freien und geheimen Wahl dieser Vertreter wiedererobert.

Nachdem es lange Zeit so aussah, als ob Absprachen im Vorfeld und gezielter Druck das Ergebnis bereits vorbestimmt hatten, hat die Wahl der Vorstände am Freitag all diese sorgfältigen Planungen über den Haufen geworfen. Dr. Jürgen Fedderwitz wurde als erster von drei Vorständen im Amt wiederbestätigt, und nun war guter Rat teuer. Es musste sich nun zeigen, ob die anderen Kandidaten ihre Drohung wahr machten und aus dem Rennen ausschieden, oder ob sie den Auftrag des Parlamentes, gemeinsam mit dem Kollegen Fedderwitz die Geschicke der Vertragszahnärzte zu lenken, annehmen würden.

Nach langen Verhandlungen haben es die neuen/alten Vorstände der KZBV über sich gebracht, dem Parlament der deutschen Vertragszahnärzte den Respekt zu zollen, den es verdient. Es ist das souveräne Recht dieses Parlamentes, den Vorstand zu wählen, den es für den fähigsten hält. Wer sich zur Wahl stellt, sollte darauf eingestellt sein, Entscheidungen der Wähler zu respektieren. Und

so stellten sich schließlich am Sonnabend Morgen auch Dr. Wolfgang Eßer und Dr. Günther E. Buchholz zur Wahl, wurden gewählt, unterschrieben ihre Verträge und nahmen die Wahl an.

Damit ist aber noch lange nicht alles gut. Das Parlament der Vertragszahnärzte wird weiter um den nötigen Respekt kämpfen müssen. Denn die Einigung der Kandidaten birgt bereits den nächsten Wurm in sich. Dass die weitere Mitarbeit der zwei Stellvertreter abhängig gemacht wird von einem Deal, in dem sich der noch zu wählende Vorsitzende verpflichtet, zur Hälfte der Amtszeit zurückzutreten, mag noch als private Absprache hingehen. Dass man dem Wahlvolk aber auch ganz frohgemut mitteilt, man habe sich geeinigt, wer ab dann die Position des Vorsitzenden einnehmen soll, ist schon wieder eine Grenzüberschreitung. Wenn der Kollege Fedderwitz zur Mitte der Amtsperiode zurücktritt, muss auch der neue Vorsitzende von der VW gewählt werden. Man kann sich also einigen, wen man dann zur Wahl vorschlägt, mehr nicht. Das mag eine semantische Spitzfindigkeit sein, aber unser Parlament hat da ein paar Rippenstöße nötig.

Hat doch auch die Debatte um die Verträge der Vorstände gezeigt, wie wenig Übung die Vertreterversammlung darin hat, mit ihren souveränen Rechten umzugehen. Mitten in den kritischen Nachfragen zu den Vertragsinhalten haben sich die Delegierten mit einem Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Rednerliste selbst ausgebremst. Als dann von den restlichen Rednern noch Anträge zur Umgestaltung der Verträge nachgeschoben wurden, war das Entsetzen groß, als man feststellte, dass diese nun nicht mehr diskutiert werden konnten. Zumindest nicht unter dem Tagesordnungspunkt drei,

Bericht des Vorsitzenden des Wahlausschusses. Unter Tagesordnungspunkt vier, Abstimmung über die Verträge hat dann niemand mehr das Wort ergriffen, und die Frustration war groß.

Es war also ein großer Schritt in die richtige Richtung, den unser vertragszahnärztliches Parlament an diesem Wochenende gemacht hat, aber der Weg ist noch nicht zurückgelegt. Und er wird es auch nie sein, denn Demokratie will immer wieder geübt werden.

Hamburg, den 21.03.11.

Dr./RO Eric Banthien / Vorsitzender der IGZ



EB

Dreigestirn mit zwei Prinzen

Dr. Dirk Weißlau: Brief an die Zahnärzte

Sehr geehrte Frau, sehr geehrter Herr,

Sie sind während der vergangenen Monate mehrfach mit meinem Namen im Zusammenhang mit der KZV-Wahl konfrontiert worden. Es ist daher an der Zeit, dem mit Halbwahrheiten, Lügen und Manipulationen im Zusammenhang mit dem Wahlkampf einhergehenden Treiben entgegenzuwirken und Ihnen die wahren Zusammenhänge darzustellen. Vorweg gilt festzustellen, mein Vater, Dr. Karl-Heinz Weißlau, genießt bei den Zahnärzten im Land Brandenburg einen tadellosen Ruf und ist seit 16 Jahren als Vorsitzender der VV der KZV und in weiteren Gremien der Kammer und KZV ehrenamtlich mit Herz und Sachverstand bemüht, die Freiberuflichkeit unseres Berufsstandes zu verteidigen. Im Jahre 1990 war mein Vater maßgeblicher Mitbegründer des Verbandes Niedergelassener Zahnärzte Land Brandenburg e.V. (VNZ) und war dessen erster Vorsitzender. Heute praktiziert mein Vater gemeinsam mit meiner Frau Karola Weißlau in einer örtlichen Berufsausübungsgemeinschaft. Sämtliche Angriffe gegen „Familie Weißlau“ oder gegen „Weißlau“ sind von den Absendern schon daher falsch und unlogisch und offenbaren ausschließlich den Zweck der Irreführung der dies lesenden Zahnärzte, insbesondere im Vorfeld der KZV-Wahl.

Gemeint ist mit sämtlichen Angriffen ausschließlich meine Person. Ich stelle mich gern jeder sachlichen Auseinandersetzung und bewege mich stetig auf dem Grundsatz von Recht und Gesetz, dies insbesondere im Rahmen meiner Freiberuflichkeit als niedergelassener Zahnarzt. Allerdings empfinde ich auch eine angenehme Herausforderung darin, neue Wege zu gehen und mir unbequeme Ziele zu setzen, zumal das Vertragsarztrechtsänderungsgesetz und die Altersstruktur der Zahnärzte im Land Brandenburg neue Denkansätze erfordern.

Seit 2008 bin ich mit fünf weiteren Zahnärzten in einer überörtlichen Berufsausübungsgemeinschaft niedergelassen und praktiziere mit meinen gleichberechtigten Kollegen in Bernau, Eisenhüttenstadt, Neuzelle und Schorfheide. Wir konnten die Weiterführung von bisher fünf Alterspraxen sicherstellen und damit für die mehrere Jahre vergeblich einen Nachfolger suchenden Zahnärzte eine Fortsetzung der Praxis erreichen. So erhalten wir für die Patienten die zahnärztliche Behandlung im gewohnten örtlichen und personellen Umfeld und sichern gleichzeitig die bestehenden Arbeitsplätze. Wir füllen die vom Gesetzgeber geöffneten Räume unserer Freiberuflichkeit aus und finden auch bei zahnärztlichen Kollegen unseres Umfeldes stetige Akzeptanz.

Anfang September erreichte Sie ein Schreiben des Vereins Zahnärzte Schwedt e.V., in dem von „struktur-

zerstörendem und unkollegialen Vorgehen der Familie Weißlau“ die Rede war. In ausführlichen, reißerisch und marktschreierisch formulierten Briefen wurde versucht, alle Zahnärzte des Landes ohne Kenntnis der Zusammenhänge aufzuwiegeln, um einen Vorteil bei der Stimmabgabe zu erreichen. Dem vom Verband Niedergelassener Zahnärzte getragenen KZV-Vorstand wurde die Kollegialität abgesprochen.

Es wäre genug Zeit gewesen, um vonseiten des Verbandes Niedergelassener Zahnärzte auf diese anmaßenden Formulierungen einzugehen und damit die neue Art der Wahlkampfpropaganda sachlich zu würdigen. Eberhard Steglich, Jürgen Herbert und der Vorstand waren sich aber wohl zu selbstsicher. Bei der Versammlung in Großräschen Ende Juni wurde noch selbstbewusst diskutiert, ob erneut 24 Mandate erreichbar sind. Ich wurde auf dieser Sitzung auf Vorschlag des Vorstandes als Kandidat für die Vertreterversammlung der KZVLB aufgestellt, niemand legte mir nahe, auf meine Kandidatur zu verzichten oder mich anderweitig zurückzuziehen.

Auslöser meines Briefes an Sie ist das vor wenigen Tagen in alle Praxen geflatterte Mitteilungsblatt des VNZ, in dem der Vorsitzende und zukünftige KZV-Chef Eberhard Steglich formulierte: "Der Wahlkampf kulminierte letztendlich in der Strategie - Weißlau muss weg!". Jetzt soll also Weißlau zum Buhmann erhalten und von der Unfähigkeit des Verbandes ablenken, klare Positionen zu beziehen. Damit begibt sich Eberhard Steglich Monate nach der Wahl leider auf sehr niedriges Niveau und offenbart, nicht für alle Brandenburger Zahnärzte sprechen zu wollen. Der Versuch, sich damit Stimmen für die eigene Wahl zum KZV-Chef von anderen Listen anzubiedern, ist leicht herleitbar. Es fehlt an dynamischer Vision und Blick in die Zukunft. Die nächsten Jahre werden zeigen, welche Konzepte Verband und KZV vorlegen werden, um den über 800 Brandenburger Zahnärzten, die heute älter als 50 Jahre sind und mittelfristig in den Ruhestand treten wollen, eine Perspektive zu bieten. Ich garantiere Ihnen, Weißlau wird dann nicht weg sein.

Übrigens war es Jürgen Herbert, der mich 2007 für die 3. Wahlperiode im Verwaltungsausschuss des Versorgungswerkes (VZB) vorschlug, dies insbesondere, weil meine dortige Arbeit uneingeschränkt anerkannt war und ich wesentlichen Einfluss auf die Bereinigung der in den 90er Jahren eingetretenen Fehlentwicklungen ausüben konnte. Gerade Jürgen Herbert bescheinigte mir unternehmerische Begabung. Dies war ein Grund, um mich im Krisenjahr 1999 in das entscheidende Gremium des VZB zu berufen. Auch habe ich gern seit 1998 als Vorsitzender des Finanzausschusses der KZVLB entscheidend dazu beigetragen, dass sich die relativen Verwaltungskosten nicht erhöht haben, lediglich eine Grundgebühr eingeführt wurde. Mehrmals wurde mir vom Vorstand der KZV für die harte und effektive Arbeit gedankt.

Nun, nach dem Ergebnis der KZV-Wahl, war es die erste Aktivität von Jürgen Herbert, meinen Vater zu nötigen, sein Mandat in der neuen Vertreterversammlung niederzulegen und mir den Ausschluss aus dem Verband anzukündigen. Auch mich nötigte Jürgen Herbert, die Mitarbeit im Verwaltungsausschuss des Versorgungswerkes aufzugeben - dabei war er es, der niemals politische Themen in das Versorgungswerk einbringen wollte. Nur am Rande muss erwähnt werden, dass Jürgen Herbert 1991 den Beitritt der Brandenburger Zahnärzte zum Berliner Versorgungswerk einfädelt und damit dafür Verantwortung trägt, wenn zukünftig die Brandenburger Zahnärzte geringere Renten erhalten, als in den anderen Neuen Bundesländern.

Ich wünsche Ihnen eine besinnliche entspannte Weihnachtszeit und ein gesundes und erfolgreiches Neues Jahr.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Dirk Weißlau
Jahnstraße 52 - 16321 Bernau
Telefon 03338 / 75 27 0

Bernau, den 20. Dezember 2010

Öffentlicher Antwortbrief von Verbandsbesitzer Jürgen Herbert

Lieber Dirk,

kurz vor Weihnachten erreichte mich ein Brief von Dir zu verschiedenen berufspolitischen Vorgängen im letzten Jahr, den ich so unkommentiert nicht stehen lassen möchte. Es ist sogar notwendig, dass ich als Vorstandsvorstandsmitglied einmal etwas grundsätzlicher werde.

Der Verband der Niedergelassenen Zahnärzte Land Brandenburg, dem wir beide angehören, hat sich im Winter 1990 vor allem mit dem Ziel gegründet, die Niederlassung in der eigenen Praxis zu fördern. Wir sahen es damals als große Herausforderung an, den Umbruch aus den großen Polikliniken mit ihren großen Einheiten hin zu kleinen patienten- und zahnarztfreundlichen Praxen zu organisieren. Dein Vater hat dies eindrucksvoll auf der Veranstaltung zum 20jährigen Verbandsjubiläum dargelegt.

Durch das Vertragsarztrechtsänderungsgesetz und andere, von den meisten Zahnärzten sicherlich nicht gewollte, rechtliche Veränderungen besteht die Möglichkeit, sogenannte Praxisketten aufzubauen. Du hast, wie Du

schreibst, Dir diesen neuen Weg als unbequemes Ziel gesetzt und baust seit 2008 kontinuierlich mittels überörtlicher Berufsausübungsgemeinschaften eine Kettenpraxis auf. Auf der Mitgliederversammlung im Sommer 2010 hat sich unser Verband noch einmal klar politisch gegen diese Tendenzen abgegrenzt. Ich möchte nicht alle Kritikpunkte aufschreiben, aber insbesondere wurde hervorgehoben, dass derartige Konstrukte

- anfällig für Selektivverträge nach § 73 SGB V sind,
- anfällig für die evtl. kommende Öffnungsklausel der GOZ sind und
- dass die Beschäftigung einer Vielzahl von Assistenten sicherlich nicht die Arzt-Patienten-Bindung fördert.

Im Prinzip ist es genau der Weg zurück in die Poliklinik.

Weiterhin schreibst Du, dass Du Dich stets nach dem Grundsatz von Recht und Gesetz bewegen würdest. Ich habe es Dir persönlich schon einmal gesagt, dass Du immer „an der äußersten linken Kante“ dieses Weges fährst und manchmal auch gehörig darüber hinaus gerätst – Beispiel „Zahnklinik“. Deswegen haben Du und Deine Mitstreiter in der „Zahnklinik“ Bernau von der Landes Zahnärztekammer auch eine Rüge erhalten, die auf Deine Veranlassung hin von den Berufsgerichten über zwei Instanzen geprüft und als begründet betrachtet wurde. Der einzige, der die Rüge bis heute als nicht begründet ansieht, bist Du und hast deswegen Briefe nach Potsdam, Berlin und Brüssel geschrieben ...

Auch die vielen von Eurer Berufsausübungsgemeinschaft (siehe: www.wesslau-zahnaerzte.de) veranstalteten Patienteninformationsveranstaltungen u. a. zu Implantaten sind für mich nichts weiter, als getarnte Marketingveranstaltungen. Sie schädigen das kollegiale Verhältnis und wirken eben doch strukturzerstörend. Insoweit muss man sich dann nicht wundern, wenn von Außenstehenden nicht mehr zwischen Dirk, Carola und Karl-Heinz Weißlau unterschieden wird.

Ich möchte an dieser Stelle feststellen, dass Dein dynamischer Ausblick in die Zukunft sich fundamental von meinem unterscheidet. Ich sehe nämlich die Zukunft der zahnärztlichen Versorgung nach wie vor in der Einzelpraxis oder der kleinen Praxisgemeinschaft bzw. Gemeinschaftspraxis (Berufsausübungsgemeinschaft). Weiterhin möchte ich noch einige Äußerungen zu Deinen Ausführungen zum Versorgungswerk machen. Deine Behauptung, dass ich den Beitritt der Brandenburgischen Zahnärzte zum Berliner Versorgungswerk „eingefädelt habe“, zeugt für mich von einem seltsamen Demokratieverständnis. Am 16.10.1991 hat die Kammerversammlung, bei Stimmenthaltung der Vertreter des öffentlichen Gesundheitsdienstes, einstimmig den Anschluss an das Versorgungswerk der ZÄK Berlin beschlossen. Das auch mit der Stimme Deines Vaters. Ich will kurz einmal die Gründe erläutern, die damals zu diesem Entschluss

geführt haben: Brandenburg wäre für ein eigenes Versorgungswerk zu klein gewesen. Es hätte viel zu hohe Verwaltungskosten gegeben. Eine politische Fusion Brandenburgs und Berlins stand auch damals schon im Raum. Das Berliner Versorgungswerk erhob im Vergleich zu anderen Versorgungswerken nur die minimal nötigen Beiträge und verstand sich immer als Grundsicherung. Der letzte Punkt ist zwangsläufig der Grund, warum die Renten dann in Brandenburg auch niedriger sein müssen. Das Versorgungswerk war nie als Vollkaskoabsicherung gedacht, gerade dieser Aspekt spielt eine entscheidende Rolle. Weiter ist es vollkommen richtig, dass ich Dich für einen unternehmerisch fähigen Kollegen halte und deswegen für das Versorgungswerk vorgeschlagen habe.

Ab dem Jahr 2008 sah ich bei Dir jedoch eine massive Interessenkollision zwischen Deiner Tätigkeit im Versorgungswerk und dem Ausbau Deiner Kettenpraxis. Im Rahmen Deiner Tätigkeit warst Du auch im Beschwerdeausschuss des Versorgungswerkes tätig. Das ist jener Ausschuss, der die Anträge von Mitgliedern prüft, die auf Grund ihrer schlechten wirtschaftlichen Situation in der Praxis nicht mehr die Beiträge zum Versorgungswerk leisten können. Neben Alterspraxen könnten auch solche Praxen interessant für den Aufbau von Kettenpraxis sein. Wir beide haben das Thema mehrmals kontrovers diskutiert und ich habe Dich eindringlich gebeten, Dich aus diesem Amt zurückzuziehen. Das hast Du aus mir völlig unverständlichen Gründen nicht gemacht. Ich habe Dich übrigens nicht zum Rücktritt genötigt, sondern demokratisch einen Abwahantrag gestellt, dem Du aus eigener Entscheidung mit Deinem Rücktritt zuvorgekommen bist. Wer in diesem Zusammenhang von Nötigung spricht, verkennt das deutsche Strafrecht und ich fordere Dich hiermit ganz formal auf, derartige Entgleisungen in Zukunft zu unterlassen, sonst sehe ich mich zu juristischen Schritten gezwungen.

Lieber Dirk, gegenüber Deinem Vater habe ich gesagt: „Dein Sohn verfrühstückt Deinen guten Ruf“, dem ist nicht viel hinzuzufügen.

Mit freundlichen Grüßen
Jürgen Herbert

Mitgliederversammlung



Zur Mitgliederversammlung 2011 lädt der Vorstand die Verbandsmitglieder nach Rheinsberg ein. Für die Zeit vom 24. bis 25. Juni sind Zimmer im Hotel des Hafendorfes Rheinsberg reserviert. Die Anmeldeunterlagen wurden bereits per Post an alle Verbandsmitglieder versandt.

24.06.2011	Anreise bis 15:30 Uhr
16:00 Uhr	Ablegen vom Hotelsteg zur großen Rheinsberger Seenrundfahrt Speisen & Getränke an Bord
19:00 Uhr	Abendbuffett im Restaurant „Luv & Lee“
25.06.2011	bis 10:00 Uhr Frühstück
10:00 Uhr	Mitgliederversammlung mit Fachvortrag
13:00 Uhr	Mittagsimbiss

Fachvortrag "Qualität sichtbar machen"
Referent ist Thomas Krone von der Herr der Lage Consulting GmbH aus Berlin.

Inhalt:

- Was bedeutet Qualität?
- Wie kann man Qualität in der Zahnarztpraxis sichtbar machen?
- Alleinstellungsmerkmale der Zahnarztpraxis
- Wie kann ich mich von meinen Kollegen abheben?
- Wie kann ich meinen Kundenstamm halten/ausbauen?
- Prognose: 120 Euro Zusatzbeitrag bis 2020
- Welche Erwartungen verbindet der Patient mit seinem Zahnarzt? Service – was ist dem Patienten wichtig?
- Auswirkung neuer Medien: Facebook, Twitter, YING, Qype und Co.
- Wohin geht die Entwicklung?
- Wie findet der Patient zukünftig den Zahnarzt seines Vertrauens?
- Viele Facebook-„Freunde“ = guter Zahnarzt = großer Kundenstamm?
- Haben neue Medien keine Auswirkungen auf ländliche Regionen?
- Moderne Technik: iPad-Befragung, iPad-Audit-Apps
- Vorteile moderner Befragungen
- Einsatzmöglichkeiten neuer Techniken, auch außerhalb des Behandlungszimmers

Weniger ist mehr und viel hilft viel

Diese beiden Sinnhaftigkeiten scheint wieder einmal der Gesetz- und Verordnungsgeber bei der GOZ und dem MPG verwechselt zu haben, als er meinte, seine Ministerien anweisen zu müssen, Praxisbegehungen flächendeckend durchzuführen (Siehe Information des LUGV-Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz im ZBB 2/2011).

Durch die intensive und fachkundige Arbeit des Vorstandes der Zahnärztekammer Brandenburg, welcher durch den VNZ gestellt wird, ist es gelungen, dass die Brandenburger Zahnärzte mit als Letzte davon betroffen sind. Auch konnte durch erheblichen persönlichen Einsatz des Autors erreicht werden, dass die nunmehr auch bei uns stattfindenden Begehungen auf ein akzeptables Maß, mit einem Umfang, der sich an den Mindestvorgaben des MPG und der RKI Richtlinie orientiert, auf die Zahnarztpraxis zugeschnitten und eng an unser kammereigenes QM-System (Z-PMS) angelehnt ist, reduziert werden konnten.

Daher ist der VNZ in der Lage, insbesondere seinen Mitgliedern hierzu die entsprechende fachkundige Beratung und Unterstützung zukommen zu lassen.

Kontakte:

Gabriele Sotscheck, Leiterin der Geschäftsstelle

Tel.: 0331 2977 104

E-Mail: info@vnzlb.de

Thomas Schwierzy

Tel.: 03341 311075

E-Mail: thomas@Schwierzy.com

Verband verbucht Wachstum

Mitglieder am 31.12.2007:	160
Abgänge 2008	3
Abgänge 2009	10
Abgänge 2010	9
gesamt:	22
Neuzugänge vom 01.01.2008 bis 31.03.2011	40
Mitglieder am 31.03.2011	178

Die ausgeschiedenen Mitglieder des VNZLB haben ihre Mitgliedschaft aus Altersgründen bzw. wegen der Einstellung der vertragszahnärztlichen Tätigkeit (Praxisaufgabe) beendet. Seit dem Jahre 2007 konnten 40 Neumitglieder gewonnen werden. Das bedeutet einen Zuwachs von einem Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder.

Gabriele Sotscheck

Beitrittserklärung

An den Verband Niedergelassener Zahnärzte

Land Brandenburg e.V.

Helene-Lange-Straße 4-5

14469 Potsdam

Ich trete dem Verband Niedergelassener Zahnärzte Land Brandenburg e.V. bei!

Monatl. Beitrag für niedergel. Kollegen:	15,00 Euro
für Kollegen ohne eigene Niederlassung	8,00 Euro
für Studenten und Rentner	2,50 Euro

Ort, Datum

Unterschrift, Stempel

Geschäftsstelle:

Helene-Lange-Straße 4-5, 14469 Potsdam

Geschäftsstellenleiterin:

Gabriele Sotscheck 0331 2977104

Impressum

Herausgeber:

Verband Niedergelassener Zahnärzte Land Brandenburg e.V.

Helene-Lange-Straße 4-5

14469 Potsdam

Tel.: 0331 2977 104

Fax: 0331 2977 165

E-Mail: VNZLB@online.de

Internet: www.vnzlb.de

Redaktion:

Dr. Eberhard Steglich (verantwortl.)

Dipl. Stam. Jürgen Herbert

Christina Pöschel

Druck:

Das Druckteam Berlin, Gustav-Holzmann-Str. 6, 10317 Berlin

ISSN: 0945-9774

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 01.05.2011. Zuschriften redaktioneller Art bitten wir nur an den Herausgeber zu richten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Gezeichnete Artikel und Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. Redaktionsbeiträge wieder. Nachdruck der in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge ist nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Verlag, Anzeigenverwaltung und Vertrieb:

Quintessenz Verlags GmbH, Komturstraße 18, 12099 Berlin

Telefon: 030 761 80-5, Telefax: 030 761 80 680,

Konto: Deutsche Apotheker- und Ärztebank, Kto-Nr. 369 40 46, BLZ 100 906 03

Geschäftsleitung: Horst-Wolfgang Haase

Verlagsleitung: Johannes W. Wölter

Herstellung: Thomas Pricker

Vertrieb: Angela Köthe

Anzeigen: Samira Rummel

Die Zeitschrift erscheint im Jahr 2011 am 16.3., 25.5., 21.9. und 7.12. Der Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezugsgebühr: jährlich 12,00 Euro zuzüglich Versandkosten. Einzelheft: 4,00 Euro. Bestellungen werden vom Verlag entgegen genommen. Die Kündigungsfrist für Abonnements beträgt 6 Wochen zum Ende des Abonnements beträgt 6 Wochen zum Ende des Kalenderjahres.